

**Verbandstag 2008 vom 15. – 17. September in Paderborn
verabschiedet „Wohnungspolitische Thesen 2008“**

**„Zukunftsicheres Wohnen und Leben –
Wohnqualitäten brauchen funktionierende Märkte“**

Die Politik auf Länderebene müsse vor dem Hintergrund der bereits vorliegenden Marktanalysen und -prognosen auf stark auseinander driftenden Wohnungsmärkten in NRW „für die Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik endlich strategische Ziele formulieren und flexible Rahmensetzende Instrumente schaffen“. In dieser Forderung an die Landespolitik gipfeln die „Wohnungspolitischen Thesen 2008“, die beim Verbandstag des Verbandes der Wohnungswirtschaft (VdW) Rheinland Westfalen vom 15. bis 17. September 2008 in Paderborn verabschiedet wurden.

„Die Mitgliedsunternehmen unseres Verbandes agieren in regional und lokal stark differenzierten Märkten. Gerade in Nordrhein-Westfalen müssen Wohnungspolitik und Stadtentwicklung auf lokal sehr unterschiedliche demographische und strukturelle Veränderungsprozesse reagieren“, erläuterte VdW-Verbandsdirektor Burghard Schneider die Beschlüsse des Verbandes. Dazu fordert die Wohnungswirtschaft das Land auf, Fördermittel in Form globaler Budgets an diejenigen Kommunen zu geben, die sich unter Mitwirkung der Wohnungsunternehmen und Hauseigentümer auf örtliche Wohnkonzepte verständigt haben. Ausdrücklich wird die Zusammenarbeit der Wohnungswirtschaft bei solchen Konzepten angeboten.

„Jetzt kommt es darauf an, die richtigen politischen Weichenstellungen für auch künftig intakte Wohnungsmärkte vorzunehmen“, heißt es in dem Papier. Dabei gehe es nicht um Subventionen, sondern um die Vermeidung gesellschaftspolitisch unerwünschter Fehlentwicklungen in Städten und Regionen, die teilweise sogar gleichzeitig durch Stadtteile mit Wohnungsmangel und andere mit dramatischen Leerständen geprägt sind. Dazu sei einerseits eine Förderung des Wohnungsbaus in bestimmten Regionen notwendig, andererseits auch die staatliche Unterstützung von Abrissprogrammen.

Kritisch setzen sich die „Wohnungspolitischen Thesen“ mit den Folgen der Klimapolitischen Vorgaben durch Bund und Länder auseinander. „Die Festlegung überzogener energetischer Standards können sich sogar als Hemmnis für mehr Klimaschutz auswirken“, heißt es. Besser seien kleine Schritte, die auch effektiver wirken könnten. Denn die Wohnungswirtschaft stehe zugleich vor der Herausforderung, die große Zahl bestehender Wohngebäude energetisch zu sanieren und den Veränderungen der Bevölkerungsentwicklung wie der individuellen Wohnvorstellungen anzupassen: Wohnungen sollen altengerecht umgestaltet werden und zugleich neuen Komfortwünschen entsprechen.

Allzu ehrgeizige und verbindliche Vorgaben beim Klimaschutz könnten daher zur Streichung anderer wichtiger Investitionen, teilweise sogar zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei einzelnen Wohnungsunternehmen führen. Deshalb erneuert der Verband seine Forderung nach einer „integrierten Zukunfts- und Förderpolitik“.

Die „Wohnungspolitischen Thesen 2008“ wurden auf dem Verbandstag ausdrücklich unterstützt von Prof. Peter Bofinger (Universität Würzburg), Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, und Lutz Freitag, Präsident des GdW Bundesverband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (Berlin).

Der Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen wird getragen von 450 Genossenschaften, kirchlichen, öffentlichen und privaten Wohnungsunternehmen aus Nordrhein-Westfalen und dem nördlichen und westlichen Rheinland-Pfalz. Die VdW-Mitglieder bewirtschaften rund 1,2 Millionen Wohnungen, in denen jeder vierte Mieterhaushalt des Landes lebt. Damit ist der VdW Rheinland Westfalen Deutschlands größter regionaler Interessenverband der Branche.

Paderborn, 17. September 2008